

# Konfessionsfreie und säkulare SozialdemokratInnen Sachsen



Newsletter 01/2019  
07.01.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Unterstützer,

das Jahr 2019 wird ein wichtiges politisches Erinnerungs- und Entscheidungsjahr. Das Grundgesetz und die Weimarer Reichsverfassung feiern runde Geburtstage. Sie erinnern uns daran, unter wieviel Tod und Leid und aus welcher zivilisatorischen Katastrophe heraus in Deutschland die Demokratie entstanden ist. Natürlich erinnern wir Säkularen auch daran, dass die Grundfreiheiten nur von einem säkularen, weltanschaulich neutralen Staat auf Dauer garantiert werden können. Wir haben dabei noch längst nicht alle Forderungen, die vor 100 Jahren in unsere Verfassung geschrieben wurden, erfüllt, wie man an der ständigen



Missachtung des Verfassungsauftrages zur Ablösung überkommener Staatsleistungen an die Kirchen unschwer erkennen kann. Mehr noch bewegt uns aber die Erkenntnis, dass Demokratie und Freiheit zerbrechlich und neuen Angriffen ausgesetzt sind. Der Rechtsextremismus ist in Deutschland wieder erstarkt, wie wir es noch vor Jahren kaum für möglich hielten. Im Osten, aber vor allem in Sachsen, ist er ein Massenphänomen geworden und droht in den Landtagen mehrheitsfähig zu werden. Es reicht schon ein Blick nach Ungarn oder nach Polen, um zu erkennen, dass rechtsextreme, populistische Mehrheiten in den Parlamenten die Demokratie aushöhlen und ein-

schränken können. Natürlich gäbe es dafür auch in der deutschen Geschichte genügend Anschauungsmaterial. Bei der Geschichtsvergessenheit und Ignoranz vieler sind Hinweise darauf aber eher ohne Wirkung. Einmal mehr in ihrer Geschichte wird sich die SPD nun als Verteidigerin von Freiheit und Demokratie erweisen müssen. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich bei all ihrer politischen Nabelschau darauf besinnt.

2019 ist auch das Jahr, in dem wir den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution begehen. Deutschland ist unter den Demokratien wahrscheinlich das Land mit der geringsten demokratischen Erinnerungskultur. Haben wir endlich den Mut, die Friedliche Revolution als ein zentrales Ereignis der gesamtdeutschen, ja der europäischen Demokratiegeschichte zu sehen und entsprechend zu würdigen! Das jedenfalls wäre angebracht und zu leisten. Wer vor diesen Problemen aber erstarrt und denkt, säkulare Politik wäre zweitrangig und nicht mehr so wichtig, verkennt, dass Glaubenspolitiker auch in diesen Zeiten nicht untätig sind.

# Konfessionsfreie und säkulare SozialdemokratInnen Sachsen

## Thema: Vertuschung des sexuellen Missbrauchs von Kindern in den Kirchen

Der emeritierte Professor Heiner Keupp, Mitglied der Kommission Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs, antwortete unlängst auf die Frage, warum lassen Staat und Gesellschaft den Kirchen das Schweigen und Nichtöffnen der Archive durchgehen, wie folgt: *„Die Kirchen haben sich über Jahrhunderte hinweg Sonderbezirke geschaffen, die außerhalb der Zivilgesellschaft und staatlicher Instanzen ihr Eigenrecht bewahrt haben und durch Konkordate auch noch abgesichert waren. Erst durch die Initiative Betroffener haben die Mauern dieser Eigenwelt Risse bekommen und sind Einblicke in Verbrechen möglich. Die Skandalisierung durch die Medien und auch die schwindende Macht der Kirchen zwingen diese zu einer veränderten Haltung.“* Um so wichtiger war und ist es, dass Strafrechtsprofessoren aus dem säkularen Institut für Weltanschauungsrecht (ifw) nun Strafanzeigen erstattet haben. Die Staatsanwaltschaften dürfen nicht länger die Augen verschließen, sondern müssen nun endlich Ermittlungen gegen diese Verbrechen einleiten. Die E-Mail-Leser unseres Newsletters können hier den **Text der Strafanzeigen** nachlesen.

## Thema: Kirchen bedrohen ostdeutsch Kommunen mit Forderungen und Musterklagen

Bereits im Dezember 2017 haben wir darüber berichtet, dass die Kirchen Musterklagen gegen ausgewählte thüringische Kommunen vorantreiben (**Newsletter Nr. 08/2017**). Ziel der Operation ist die Wiedererweckung tausender alter, rechtlich untergegangener Kirchenbaukosten gegen Ost-Kommunen. Dieser Prozessmarathon läuft über viele Jahre und Instanzen und ist von den Medien meist verschwiegen worden. Nun hat der Gemeinde- und Städtebund Thüringen seine Mitglieder ausdrücklich vor diesen millionenschweren Bedrohungen gewarnt. In seinem Ende September 2018 veröffentlichten Geschäftsbericht wird das Vorgehen der Kirchen kritisiert, insbesondere, *„wenn man berücksichtigt, dass bisher eine Vielzahl von freiwilligen Leistungen der Kommunen im Rahmen ihrer ohnehin beschränkten Haushaltsmittel erfolgten, welche jetzt auch noch eingeklagt werden sollen. Unter diesem Gesichtspunkt werden weiterhin Beratungen unserer Mitglieder zu neuerlichen Forderungsschreiben durchgeführt.“* Auch wir werden weiter darüber berichten!

## Thema: SPD-Parteispitze lehnt Anerkennung der Säkulare Sozialdemokraten ab

Im November 2017 haben sich die Säkularen Sozialdemokraten abermals an den Generalsekretär der SPD gewandt und ihre Anerkennung als Arbeitskreis beantragt. Die innerparteiliche Benachteiligung der Säkularen gegenüber religiösen SozialdemokratInnen muss endlich beendet werden. Ganze 10 Monate hat die Parteispitze für eine Antwort gebraucht. Im **Brief des Bundesgeschäftsführers** vom 12. September 2018 heißt es schlicht und einfach, *„dass diesem Antrag nicht stattgegeben wird.“* Nicht nur die Begründung dazu ist unhaltbar. Nach § 10 Absatz 2 SPD-OrgStatut ist für die Einrichtung von Arbeitskreisen der Parteivorstand zuständig und keine Einzelperson. Der Vorstand wurde aber offensichtlich noch nicht einmal über unseren Antrag informiert. Auch hier werden wir dranbleiben.

*Euer Sprecherkreis*